Suche nach Urlas-Knoten-Lösung: Treffen der Stadtspitze mit Oberster Baubehörde, Regierung und Staatlichem Bauamt

B14: Beteiligte setzen sich an einen Tisch

Am 23.September im Kaspar-Hauser-Saal – Planungen des Staatlichen Bauamts auf dem Prüfstand – Starker Widerstand vor Ort

ANSBACH (mik) – Es kommt Bewegung in die Suche nach einer Lösung für den Urlas-Knoten. Am 23. September wollen sich alle Beteiligten im Kaspar-Hauser-Saal an einen Tisch setzen: Vertreter der Obersten Baubehörde, der Regierung von Mittelfranken, des Staatlichen Bauamtes und der Stadt Ansbach werden „alle Möglichkeiten, die in Betracht kommen, aufzeigen" und „versuchen, zu einem Kompromiss zu kommen, der von allen mitgetragen werden kann", erklärte Ministerialdirigent Karl Wiebel von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium auf FLZ-Anfrage.

Ist die B14 in diesem Bereich noch Unfallschwerpunkt oder nicht? Bei dem Treffen der Behörden, die eine Lösung für den so genannten „Urlas-Knoten" suchen wollen, sollen auch aktuelle Zahlen über diese Frage Aufschluss geben. Foto: Albright

Letzter Anstoß für dieses Treffen waren offenbar die Schreiben der beiden Bundestagsabgeordneten Josef Göppel (CSU) und Rainer Erdel (FDP) an den Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, in denen sie die „große Lösung" des Staatlichen Bauamtes mit den beiden Kreiseln parallel zur B14 als „absolut überdimensioniert" (O-Ton Erdel) ablehnten. In Zeiten knapper Kassen würden unkalkulierbare Kosten in Millionenhöhe für den Bau und für die Enteignung des entsprechenden Baugrundes offensichtlich in Kauf genommen. Ramsauers Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer hatte daraufhin in seiner Antwort bestätigt, dass die Planung überdacht werden und bei den weiteren Überlegungen die hohen Kosten und der erforderliche Flächenbedarf beachtet werden soll.

Bei der Stadt Ansbach schöpft man nun Hoffnung, dass der von ihr propagierte einfache Kreisverkehr doch noch zum Zuge kommen könnte. Diese Lösung sollte man nochmal ernsthaft durchdenken, meinte OB Carda Seidel. Zudem bittet die Stadt anhand von aktuellen Unfallzahlen um „Nachprüfung", ob sich die Einstufung der B14 in diesem Bereich als „Unfallschwerpunkt" wirklich aufrecht erhalten lasse.

Eine zwischenzeitlich thematisierte Ampellösung komme für die Stadt keinesfalls als dauerhafte Alternative in Frage, stellte Seidel nochmals klar. Sowohl die Streckencharakteristik als auch die Leistungsfähigkeit würden dagegen sprechen, meinte sie. Unverständnis herrscht bei der Stadtverwaltung weiterhin über die „Verfahrensaufspaltung" in ein Planfeststellungs- und ein Landbeschaffungsverfahren. Anstelle der von privater Hand benötigten Flächen sollte der Anschluss der Urlas-Siedlung an die Staatsstraße 2246 Richtung Bruckberg doch besser über die Shipton-Kaserne erfolgen. Dennoch werde die Stadt am nächsten Donnerstag keinen eigenen Alternativvorschlag präsentieren, kündigte Baureferent Jochen Büschl an. Denn Planung für eine Bundesstraße „ist nicht unser Auftrag".

Ministerialdirigent Karl Wiebel machte dagegen schon einmal klar, dass ein „Kreisverkehr im klassischen Sinne" nicht die Lösung sein könne. Es gebe andere, spezielle Knotenpunktslösungen, deutete er an. Am nächsten Donnerstag werde man versuchen, die ganze Palette an Möglichkeiten, die vorstellbar ist, aufzuzeigen, um dann zu einem Kompromiss zu finden, der von allen Beteiligten mitgetragen werden könne.

Zugleich war Wiebel bemüht, die bisherigen Pläne des Staatlichen Bauamtes nicht in den Regen zu stellen. Die höhenfreie Lösung wäre für den Verkehr dort sicher ideal gewesen – sie habe nur den Nachteil, dass der Flächenverbrauch dafür zu hoch sei.

Der Leiter des Staatlichen Bauamts, Helmut Arndt, wollte sich zu dem Schreiben aus dem Bundesverkehrsministerium nicht äußern. Die Oberste Baubehörde habe mit der Stadt Ansbach das Treffen für den 23. September vereinbart. „Ich werde an dem Termin teilnehmen", versicherte er. Aber er werde vorher inhaltlich nichts dazu sagen.

Einstimmiges Votum konnte nicht einfach ignoriert werden

Bei der Stadt ist man überzeugt, dass die geschlossene Haltung des Stadtrates letztlich den Ausschlag gegeben hat, die Pläne des Staatlichen Bauamtes noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. „Unser einstimmiges Votum war ein klares Zeichen", meinte Seidel: „Das konnte man nicht einfach ignorieren." Das sieht auch Bundestagsabgeordneter Rainer Erdel so: „Ich hoffe, es wird jetzt möglich sein, eine akzeptable Lösung zu finden, die der Verkehrssicherheit dient und die Zustimmung von Stadtrat, Bürgern und Grundbesitzern findet."

Juristische Schritte gegen die aktuelle Planung hat die Betreiberfamilie des Hotels „Zur Windmühle" angekündigt *(siehe Artikel unten)*.

Sie lesen heute

Lokales

Planungen vorgestellt
Ansbach investiert 2011 Millionen in Schulbau-Erweiterungen

Landkreis

Erneut gewachsen
Landesfinanzschule nimmt drei neue Gebäude in Betrieb

Westmittelfranken

Carolinum blickt nach vorn
Schulleiter Franz Stark hofft auf Rückkehr zur Normalität

Sport

Gelungene Großveranstaltung
RC Burgoberbach hatte rund 450 Reiter bei Turnier zu Gast